

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 18. März. Aus Warschau wird als bestimmt gemeldet, daß alle Mitglieder des Stadtrathes ihre Entlassung gegeben haben, desgleichen der Welschmarschall Stargonski. Nach einer Nachricht der „Presse“ aus Krakau vom 18ten befand sich das Hauptquartier von Langiewicz während der gestrigen Nacht in Chrobry, dem Schlosse des Markgrafen Wielopolski.

Wir haben dasselbe schon vor einigen Tagen gemeldet.

D. Red. d. Bresl. Ztg.

Wien, 18. März. Nach Berichten aus Krakau vom 17. stand die Hauptmacht von Langiewicz am 16. bei Kionz Wielki (2 Meilen nördlich von Mieschow, an der Straße nach Radom). Die heutige „Presse“ meldet, daß sein Hauptquartier in Dzialaszyce (zwei Meilen östlich von Mieschow) sei.

Lemberg, 18. März. Nach Privatnachrichten stehen Injurgen-tenkhaaren unter Lewandowski, Lelelew und Zakrzewski in Dubienka und Chelm (Gouvernement Lublin, in der Nähe des Bug).

Rom, 16. März. Heute wurde ein geheimes Consistorium abgehalten. Es wurden 16 Erzbischöfe und Bischöfe ernannt. In der Allocution machte der Papst eine kurze Anspielung auf die belagerten polnischen Städte. Zu Cardinälen wurden ernannt: Mgr. Trevisanato, Patriarch von Venedig; Mgr. de Luca, Nuntius in Wien; Bizarr, Secretär der erzbischöflichen Congregation; der französische Benedictiner Pitra, Cedi aus Bologna und Mgr. Pentini.

Konstantinopel, 17. März. Der Sultan wird zu Anfang künftigen Monats in Begleitung von Fuad Pascha nach Egypten reisen und 40 Tage ausbleiben. Derwisch Pascha und der Miriditenhäuptling Bibboda sind hier angekommen. Der spanische Gesandte bei der Pforte, Comyn, ist nach London vertrieht.

Paris, 18. März. Vor dem Senatsgebäude verweilt eine große Volksmenge, Nachrichten über die Rede des Prinzen Napoleon erwartend, der soeben über Polen spricht. Die Haltung der Börse ist unentschieden und wenig belebt.

(B. B. Z.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

25. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (18. März.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung nach 10 1/2 Uhr. Am Minister-Tische: Graf zur Lippe und mehrere Regierungs-Commissarien; später Herr v. Bodelschwingh. — Es sind wiederum eine Anzahl von Resolutionen eingegangen, welche ihre Zustimmung zu der würdigen Haltung des Hauses aussprechen. — Mehrere Urlaubsgesuche werden genehmigt. — Auf den Vorschlag des Präsidenten werden, wie in den früheren Jahren, auch diesmal die drei Präsidenten des Hauses dem Könige zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses darbringen. — Der Abg. v. Jolkowski hat ein Schreiben an den Präsidenten gerichtet, in welchem er ihm mittheilt, daß er glaube, durch seine Ernennung zum General-Landtags-Director des landwirthschaftlichen Credit-Vereins zu Bosen in die Lage versetzt zu sein, sein Mandat niederlegen zu müssen. Der Präsident ist der Ansicht, daß dies nicht der Fall sei, weil die neue Stellung des Abg. kein Staats-Amt sei. Das Haus tritt dem bei. Abg. Schulze (Berlin) hat einen Gegenvorschlag, betreffend die privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften eingebracht. Derselbe geht an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand derselben ist die nochmalige Abstimmung über das Amendement des Abg. Reichenheim zu dem Gesetzentwurf wegen Aufhebung der lex Anastasiana. Dasselbe wird (mit einer sehr kleinen Majorität) angenommen. (Dafür auch Abg. Gneist.) Es folgt die General-Abstimmung über denselben Gesetzentwurf. Die nochmalige Annahme geschieht einstimmig. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bewilligung einer Subsidie von 200,000 Thalern für die Anlage einer Eisenbahn von der Bergisch-Märkischen Eisenbahn bei Mittershausen nach Vennepe und Remscheid. Die General-Discussion wird mit der Special-Discussion über § 1 verbunden. Zu derselben nimmt das Wort der Referent Abg. v. Kirchmann. Derselbe theilt mit, daß eine Petition der Gemeinde Stodhöl mit einem Plane zu einer abweichenden Bahnlinie eingegangen sei, über welche er den Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt.

Abg. Saalfeld: Er sei zwar nicht gegen den Gesetzentwurf, wolle aber auf ein darin verlegtes Princip aufmerksam machen: seines Erachtens müßte die Bahn eigentlich das jetzt hinzugekommene Kapital zurückerhalten, sobald sie genügend rentire. — Abg. v. Rönne (Solingen) hebt in längerer, durch Ausführung von Zahlen unterstützter Ausführung die Wichtigkeit und den Umfang der Industrie der betr. Kreise hervor und empfiehlt mit Rücksicht darauf die Annahme des Entwurfs. Abg. Dr. Faucher: Ueber die Petition könne man nicht so ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen. Sie beziehe sich nicht auf die Bewilligung der 200,000 Thlr., sondern auf die Bedingungen des Contracts mit der Bergisch-Märkischen Eisenbahn überhaupt. Er beantrage — und seines Erachtens genüge dazu der Widerspruch auch nur eines Mitgliedes — die Petition an die Commission zurückzuweisen. Im Uebrigen sei er nicht so unbedingt für die Bewilligung der 200,000 Thlr. Der Staat gebe durch dieselben einen Zuschuß aus seinen allgemeinen Mitteln zu einem Privatunternehmen, den die Beteiligten selbst nicht geben wollten. Diese schädigten ihr Interesse eben nur auf 300,000 Thlr. Man könnte gleichwohl die Rentabilität der neuen Zweigbahn den Cours der 200,000 Thlr., wenn die Rentabilität der neuen Zweigbahn den Cours der Actien auch nur um 1 1/2 % steigere. Indessen aus 2 Gründen werde er doch für den Gesetzentwurf stimmen. Die Bewilligung erhalte die Eisenbahn zurück und den Schuß auf Eisen, welche beide den Eisenbahnbau erleichtern. Das bestimme ihn, hier eine Ausnahme zu machen.

Abg. Dr. Ziegler: Bis jetzt habe die Regierung kleine Zweig- und Lokalbahnen nicht durch Zuschüsse unterstützt. Jetzt aber, nachdem die größeren Bahnen vollendet, seien die Zuschüsse auch zu den kleineren Bahnen gegeben: einmal aus allgemein wirthschaftlichen Gründen und dann weil sich dieselben schwer Unternehmern fänden. Die Zweigbahnen seien so wichtig wie die Lokal-Chausseen und hätten sich in andern Ländern bewährt. Daß sich Privatunternehmer für solche Bahnen schwer fänden, sei erwiesen. Der Redner spricht sich schließlich gegen Zinsgarantien bei kleineren Linien aus und empfiehlt warm die Annahme des Gesetzentwurfs, indem er die Inauguration einer neuen Eisenbahnpolitik freudig begrüße.

Die Abg. Dr. Faucher, Michaelis und Genossen stellen den Antrag, die eingegangene Petition in die Commission zurückzuverweisen. Derselbe wird ausweichend unterthät.

Abg. Meibauer befürwortet die Rückweisung des ganzen Gesetzentwurfs zur nochmaligen Vorberatung an die Commission, da durch die eingebrachte Petition die Sachlage wesentlich geändert sei, insofern dieselbe auf die Richtung der Bahn von Einfluß sein könne. — Der Referent (Hr. v. Kirchmann) erklärt, daß seines Erachtens die Rückweisung der Petition allein an die Commission nicht thunlich sei. — Der Antrag des Abg. Meibauer wird ausweichend unterthät und die Diskussion zunächst auf diesen Antrag beschränkt. — Dagegen spricht zunächst Abg. Reichenheim, weil die Annahme dazu führen würde, daß jede neue Petition eine neue Zurückweisung zur Folge haben müßte. Ebenso erklärt Abg. v. Vinde (Stargardt) sich dagegen: die Petition wahre zwar das Interesse der Petenten, sei aber — wie er aus genauer Sachkenntnis wisse — ohne eigentlichen Zusammenhang mit dem Bau der jetzt projectirten Bahn. — Ein Reg.-Commissar (Geh. Ober-Reg.-Rath Wolff) schließt sich Namens des Handelsministers dieser Ansicht an; die Petenten beanspruchten eine Bahn nach ganz entgegengegesetzter Richtung. — Auch der Abg. Overweg führt aus, daß die in der Petition gewünschte Richtung der Bahn in gar keiner Verbindung stehe mit der projectirten Bahn. — Ebenso widerspricht der Referent der Zurückweisung des Gesetzentwurfs an die Commission; in Folge dessen zieht der Abg. Meibauer seinen Antrag zurück.

Der Abg. Faucher befürwortet unter Hinweis auf die eben stattgehabte ruhige Diskussion über eine Petition, deren Inhalt man nicht genau kenne,

nochmals die Ueberweisung der Petition allein an die Commission. Er fährt sodann aus, daß in den nächsten Jahren die Eisenbahnbauten gefördert werden würden durch Herankommen englischen Kapitals, das jetzt nicht mehr nach Amerika fließen könne. In England habe sich in neuester Zeit das Vertrauen zu der volkswirthschaftlichen Einsicht des preuß. Abgeordneten-Hauses erheblich gesteigert.

Die Diskussion über § 1 ist geschlossen. Der Referent befürwortet dessen Annahme, die mit sehr großer Majorität erfolgt, eben so die Annahme des ganzen Gesetzes. Damit wird auch die mehrerwähnte Petition sammt den daran sich knüpfenden Anträgen als durch Tagesordnung erledigt betrachtet.

Der nächste Gegenstand der L.-O. ist der Bericht der XIV. Commission über den Gesetzentwurf wegen Verwaltung der Bergbau-Hilfskassen. (Berichterthatter Abg. Kalken.) In der allgemeinen Debatte bekämpft der Abg. Plakmann die Comm.-Anträge, indem er die Interessen der Selbstverwaltung vertheidigt. Er behauptet, daß die Verwaltung nicht den Beteiligten, sondern, streng genommen, nur einem Ausschusse der Beteiligten übertragen sei. Er erklärt deshalb, daß er den Commissions-Anträgen nicht beitreten könne, sondern auf die Regierungsvorlage zurückgehen müsse. Das Haus solle Stiftungs-Verordnungen abändern, die es nicht kenne, und da würde es sehr schwer sein, Amendements zu stellen. — Zur allgemeinen Diskussion ergreift Niemand weiter das Wort. Referent: Es handle sich hier nicht um privatrechtliche Stiftungs-Verordnungen, sondern um Bestimmungen, die in alten verschiedenen Urkunden sich zerstreut vorfinden und welche unter einen allgemeinen Begriff gebracht werden sollen. Der Referent bestreitet, daß die Commissions-Vorschläge eine Ausdehnung des Rechts der Verwaltung herbeiführen würden, denn die Commission habe diese Kassen nicht veräußern, sondern nützlich verwenden wollen. — Die allgemeine Diskussion ist damit geschlossen. — § 1, welcher bestimmt, daß die Verwaltung der oberflächlichen, niederschlägigen, märtischen, essensmineralischen, thüringischen und ramborffischen Bergbauhilfskassen mit dem 1. Januar 1864 in die Verwaltung der Besitzer der betreffenden Bergwerke übergehen soll, wird ohne Diskussion angenommen. — Zu § 2, welcher in der Reg.-Vorlage also lautet: Die Bergbauhilfskassen haben die Rechte juristischer Personen. Die Verwaltung wird durch eine von den Besitzern der beteiligten Bergwerke festzusetzende Statut geregelt. Das Statut darf den Bestimmungen dieses Gesetzes und der Stiftungs-Urkunde der betreffenden Bergbauhilfskassen nicht zuwiderlaufen und unterliegt der Bestätigung des Handelsministers.

Die in den Stiftungs-Urkunden festgesetzten Beiträge können durch das Statut ermäßigt oder aufgehoben werden. Spätere Änderungen des festgestellten Statuts unterliegen denselben Vorschriften, hat die Commission folgende Aenderung beantragt:

Die Bergbauhilfskassen haben die Rechte juristischer Personen. Die Verwaltung wird durch ein von den Besitzern der beteiligten Bergwerke festzusetzendes Statut geregelt, welches den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zuwiderlaufen darf und der Bestätigung des Handelsministers unterliegt. Die Verwendungen aus den Bergbauhilfskassen erfolgen, nach näherer Bestimmung des Statuts, zur Hebung und Verbesserung des Bergbaues, sowie zur Unterstützung solcher Anlagen und Unternehmungen, welche allen oder mehreren Beteiligten zum Vortheil gereichen.

Die Erhebung von Beiträgen kann durch das Statut mit Genehmigung des Handelsministers angeordnet werden. Spätere Änderungen des festgestellten Statuts, sowie die Beisetzungs- und Auflösung der Kasse, unterliegen der Genehmigung des Handelsministers.

Der Regier.-Commissar Vergrath Klostermann erklärt, daß die Reg. mit dem Commissions-Vorschlag einverstanden sei. Die Comm. wolle eine weitere Entwicklung der Kassen herbeiführen. Die Reg. habe früher diesen Zweck selbst verfolgt und wenn die Comm. jetzt dies selbst vorschläge, so könne die Reg. dem nur beistimmen. Das System der Reg.-Vorlage werde durch den Vorschlag der Comm. keineswegs verändert und hierdurch erledigten sich auch die Bedenken des Abg. Plakmann. — Abg. Michaelis hält den § 2 für sehr bedenklich. Derselbe gebe der Majorität der Interessenten die Macht in die Hand, die Minorität zur Besteuerung von Anlagen herbeizuziehen, welche nur der Majorität nützen. Wenn einzelne Mitglieder es für nöthig finden, irgend eine Anlage zu verändern, so mögen sie die Veränderung durch freiwillige Beiträge herbeiführen. Der Comm.-Vorschlag lege das Schicksal der Minorität in die Hände des Handelsministers und man könne nicht wissen, ob man nicht einmal einen Handelsminister aus den Reihen der Handelstreibenden erhalte. In diesem Falle würde Mißtrauen gegen die Minister hervorgerufen werden. Er empfehle deshalb die Ablehnung des § 2 des Comm.-Antrages und Annahme des § 2 der Reg.-Vorlage.

Abg. v. Vinde (Stargardt): Wenn dieser Antrag angenommen werde, so bleibe das Prinzip des Gesetzes dennoch stehen, denn die Erhebung von Beiträgen könne nach dem Statut nur mit Genehmigung des Handelsministers erfolgen. Er finde keinen Grund zur Abänderung des Commissions-Vorschlages. Die Beschlüsse des Hauses träten ebenfalls der Minorität entgegen; wolle man überhaupt das Prinzip der Majorität aus unserem Staate nicht verbannen, dann müsse man den Commissions-Vorschlag annehmen. — Abg. Michaelis: Das Prinzip der Majorität gelte im Allgemeinen. Hier handle es sich um ein Zusammenfassen von corporativen Interessen; nicht um allgemeine Zwecke des Staats, sondern um spezielle Interessen der Majorität, welche ihre Zwecke mit dem Gelde der Minorität verfolgen könne. Sein Amendement führe die Verwaltung nur auf die vorhandenen Fonds zurück. — Die Diskussion wird geschlossen und § 2 nach dem Commissions-Vorschlage angenommen. — Die §§ 3 bis 12 werden ohne weitere Diskussion nach den Commissions-Anträgen, mit denen die Regierung sich einverstanden erklärt, angenommen und darauf auch das ganze Gesetz genehmigt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Fiskal-Ordnung für die in der Provinz Pommern belegenen Theile der Ober- und des Haff und dessen Ausflüsse. (Der Minister v. Selchow ist inzwischen eingetreten.) Der Gesetzentwurf ist vom Herrenhause unverändert angenommen. Die Comm. empfiehlt ebenfalls die unveränderte Annahme und beantragt zugleich über eine Petition der Kleinfischer zu Wollin zur Tagesordnung überzugehen, weil der Instanzenzug nicht eingehalten sei. Vom Abg. Birchow ist ein Abänderungsvorschlag eingegangen: „den Gesetzentwurf an die Agrar-Comm. zur nochmaligen Beratung zurückzuweisen“, welcher unterthätig wird. Das Wort erhält zunächst Abg. Birchow: Er halte es für unmöglich, das Gesetz in der vorgelegten Form anzunehmen. Was zunächst die Form betreffe, so könne man doch unmöglich die Laichzeit gesetzlich feststellen wollen. (Große Heiterkeit.)

Man könne doch nur von der Laich-Schonzeit sprechen. Auch sonst scheine ihm die Fassung nicht geeignet. Er würde aber auf diese formellen Bedenken kein Gewicht gelegt haben, wenn er nicht noch viel bedeutendere materielle Bedenken hätte. Man wolle den Monat Mai als Schonzeit feststellen, während doch der von der Regierung gehörte Sachverständige sage, daß die naturgemäße Laichzeit der am meisten zu schonenden Fische nicht über den 25. Mai hinausgehe und öfters schon in den letzten Tagen des April beginne. Man hätte also lieber die Zeit vom 25. April bis zum 25. Mai als Schonzeit feststellen sollen. Man solle nur bedenken, daß die meisten Fische 10,000, 20,000, ja 30,000 Eier hätten. Wie viel Fische könnten da in 5 Tagen gerettet werden. Er habe sich an die größten Autoritäten auf diesem Gebiete gewendet, an Prof. v. Siebold in München und an Prof. Müller in Königsberg, die beide die Zeit vom 25. April bis zum 25. Mai für die günstigste erklärt hätten. — Der Antrag des Referenten in der Agrar-Commission, der sich im Commissionsberichte fände: „Die in der Fiskal-Ordnung u. s. w. festgesetzte Laichschonzeit wird auf die Dauer von 30 Tagen beschränkt; die lgl. Regierung zu Stettin hat alljährlich den Anfangstermin der Laichschonzeit durch öffentliche Bekanntmachung festzusetzen“, scheine ihm sehr empfehlenswerth. Die Commission sei über diesen Antrag in zu oberflächlicher Weise hinweggegangen, habe ihn aber durchaus nicht widerlegt. Man möge nur bedenken, daß es sich hier um eine Sache von ungeheurer Wichtigkeit handle. Es sei ferner gesagt, daß die Reg. den Mai factisch bis jetzt als Schonzeit festgehalten. Daraus erhalte nichts für die Wichtigkeit dieser Zeit. Die Agrar-Commission habe nicht die nöthige Sorgfalt angewendet; es empfehle sich daher, die Sache derselben zur nochmaligen Erwägung zu übergeben und zwar besonders nach zwei Richtungen hin: ob sich nicht der angeführte Antrag des Referenten empfehle, oder sein (des Redners) Vorschlag für die Zeit vom 25. April bis zum 25. Mai.

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten von Selchow: Die

Fassung des Entwurfs sei monirt worden, die Monita seien aber nicht monirt worden. Nur den Ausdruck der Laichzeit habe der Vorredner speciell als einen tadelnswerthen bezeichnet. Es sei der Regierung nicht eingefallen, den Fischen die Zeit vorzuschreiben zu wollen, in der sie laichen sollten; er habe übrigens nichts gegen eine Aenderung des Ausdrucks in Laichschonzeit. Gegen die beiden Verbesserungs-Vorschläge müsse er sich aussprechen. Der Vorschlag, daß der Termin von der Regierung in Stettin festgesetzt werden solle, empfehle sich nicht, weil das Laichen von der Temperatur des Wassers abhängt, die die Regierung nicht vorhersehen könne. Was den zweiten Vorschlag betreffe, so sei er nicht im Stande zu beurtheilen, ob die Zeit vom 25. April bis zum 25. Mai besser sei als der Mai, es sei aber viel praktischer einen Kalendermonat als Termin anzunehmen.

Abg. Schmidt (Radow): Er müsse sich gegen das Amendement Birchow aussprechen. Der Ausdruck Laichzeit sei den Fischern verständlich und nicht zweideutig für sie. Die Gutachten wissenschaftlicher Größen im Binnenlande könne er, so hoch er sie schätze, nicht über die Gutachten praktisch erfahrener Fischer stellen. Für das Variiren der Schonzeit für Fische in der Weise wie die Schonzeit für das Wild könne er sich nicht entscheiden. Es gäbe wenige Jäger, die von dem von ihnen geschossenen Wilde leben müßten, von den gefangenen Fischen müßten aber 3000 Fischer leben. Diese würden durch das Variiren zu Contraventionen verleitet; außerdem tämen die Fischer nur alle 8 bis 14 Tage einmal nach Hause, und ein immer neu festzusetzender Termin ließe sich ihnen schwer mittheilen. Die Verminderung der Fische stamme nicht von der falschen Schonzeit, sondern von der Vermehrung der Fischer und durch den durch die Dampfschiffe veranlaßten Wellenschlag. Er bäte um sofortige Annahme des Gesetzentwurfs und nicht für Zurückweisung an die Commission.

Abg. Dr. Birchow: Man könne kaum in einer kurzen Zeit so viel Widersprechendes sagen, wie der Hr. Minister in seiner letzten Rede. Er bleibe dabei, daß der Ausdruck Laichzeit in früheren Gesetzen nicht vorkomme. — Wenn das Laichen von der Temperatur des Wassers abhängt, so folge doch daraus, daß von dieser die Bestimmung der Laichzeit abhängt, der Minister mache die umgekehrte Folgerung. — Während der Minister sich seinerseits auf das Gutachten des Oberfischereimeisters stütze, richte er sich andererseits nicht darnach, sondern nach der Bequemlichkeit der Leute. Der Abg. Schmidt spreche nur im Sinne, und zwar in dem nicht ganz klaren Sinne der Fischer, er aber spreche im wohlverstandenen Interesse der Fischer und des Landes. Wenn man nur das augenblicklich pecuniäre Interesse der Fischer berücksichtige, dann müßte man die größte Verschwendung der Fische empfehlen. Er bäte dringend um Zurückweisung an die Commission.

Ein Antrag des Abg. Krieger (Rudenwabe) geht dahin, in Zeile 5 des Gesetzentwurfs statt „Laichzeit“ „Laichschonzeit“ zu setzen. Der Antrag wird unterthätig.

Abg. Dr. Lette: Der Abg. Birchow habe zwar eine Kritik des Commissions-Berichtes geliefert, selbst aber keine annehmbaren Vorschläge gemacht. Das vorliegende Gesetz habe nur die Aufgabe, eine frühere Bestimmung, die auf einem Mißverständnis beruhe und den Fischern viele Nachteile gebracht habe, aus dem Gesetze herauszubringen. Er sei entschieden gegen die Zurückweisung an die Commission. Gerade der Vorschlag Birchow's verdiene den Vorwurf des Leichtsinns, den er der Commission gemacht habe. — Der Vorschlag, daß die Regierung jedesmal nach der Temperatur des Wassers den Termin festsetze, sei nicht ausführbar. — Die Gutachten und Exemplificationen aus anderen Ländern könnten nicht maßgebend sein, da die Laichzeit verschieden nach den verschiedenen Gewässern sei. Er bäte um Annahme des Gesetzentwurfs.

Minister der landw. Angelegenheiten Hr. v. Selchow: Er könne nicht anerkennen, daß er sich widersprochen habe; er habe selbst erklärt, es sei gleich, ob „Laich“ oder „Laichschonzeit“ gesagt werde.

Abg. Hartort unterstützt den Antrag des Abg. Birchow, weil die Sache für die Entwicklung unserer Marine wichtig sei und nur von wenig Mitgliedern dem Hause grübelnd verstanden werde.

Abg. Dr. Bernhardt hält die Bedenken Birchow's nicht für erheblich und befürwortet die Annahme des Comm.-Antrages. Ihm scheine gerade die Schonzeit bis Ende Mai empfehlend.

Ein Reg.-Commissar führt aus, es sei nach den vorliegenden Gutachten und seiner Erfahrung keine Veranlassung vorhanden, für die hier in Rede stehenden Gewässer die Laichschonzeit über den Mai hinaus auszudehnen, weder nach der einen, noch nach der andern Seite.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Der Referent (Graf v. Hade) befürwortet die Annahme des Comm.-Antrages; die Rückweisung des Gesetzes sei überflüssig und ungewöhnlich, da das vom Abg. Birchow wieder aufgenommene Amend. des Referenten selbst dort bereits erörtert und mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt sei.

Hierauf werden die Amend. Birchow (mit geringer) und Krüger mit sehr großer Majorität verworfen, das Gesetz selbst angenommen.

Schluß der Sitzung gegen 2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Gewinne zur 3. Klasse 127. Königl. preuß. Klassen-Lotterie.

Gewinne zur 3. Klasse 127. Königl. preuß. Klassen-Lotterie.	
Vom 18. März.	
1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 68888.	
2 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 35948 91005.	
3 Gewinne zu 1000 Thlr.: auf Nr. 26580 67425 77960.	
1 Gewinn von 600 Thlr. auf Nr. 46317.	
4 Gewinne von 300 Thlr. auf Nr. 11042 11569 19181 24549.	
10 Gewinne von 100 Thlr. auf Nr. 11282 31056 35863 40060 42963 49288 50620 52973 89477 91106.	
14 Gewinne von 50 Thlr. auf Nr. 10139 12033 20378 24886 49509 51170 52332 60834 62120 65230 69514 80567 82164 88737.	
36 Gewinne von 60 Thlr. auf Nr. 1305 2219 4352 8036 10182 10214 14636 14676 18403 25817 26047 27632 37493 39584 39741 42391 43319 45673 49698 50154 53379 57282 61525 64810 67545 67953 68691 71162 72172 79840 81478 84821 85462 91743 92253 93486.	
102 Gewinne von 50 Thlr. auf Nr. 429 950 2486 6343 7191 7750 8651 8785 10683 10855 11660 11919 12112 12155 12359 14644 14896 18792 18873 19418 19631 20721 21522 21777 22717 24785 25079 25169 25478 25515 25908 26604 27894 28028 29082 29779 30543 31155 31602 31624 31820 32179 32831 34189 34729 36952 38247 39490 39626 41615 42052 42597 44144 44405 47155 47696 50223 50454 50640 52052 53941 54405 55317 55900 58025 58337 59978 60211 60597 60733 60759 61026 61718 63631 64565 65274 65369 69683 70257 72315 73279 73706 75833 77543 80432 80464 80668 81222 81801 81880 82348 83527 84577 86261 86585 86068(2) 87088 87287 89645 90092 91807 94905.	
Gewinne zu 45 Thlr.: 198 296 351 374 407 423 426 430 476 546 646 741 756 934 955 956 961. 1019 51 228 287 378 719 589 630 636 678 957. 2132 136 209 215 280 328 387 431 475 566 663 722 863 985. 3009 45 71 83 92 139 189 522 652 673 758 887 888. 4012 25 35 56 162 201 208 217 249 270 401 404 508 513 593 602 611 691 774 962 984 992. 5021 55 195 265 229(2) 320 335 339 383 548 676 771 784 801 823 936 996. 6054 115 169 268 298 477 505 559 578 600 688 697 704 709 729 779 835 862 885 905 923 946. 7035 50 337 366 419 428 888 894 896 986. 8068 81 99 135 238 258 272 322 346 425 427 449 509 544 553 597 616 702 743 827 887 899 929. 9003 14 25 48 117 226 339 455 471 527 539 568 650 794 795 831 857 934 965 984 985 990.	
10017 58 68 87 105 138 198 244 270 294 331 347 396 397 491 505 512 542 560 580 581 601 646 673 700 785 793 808 883 930 933 937 964 994. 11026 189 203 255 265 332 338 348 353 371 476 515 580 596 605 622 829 938 939 955 965 987. 12023 47 52 85 109 182 274 285 317 334 340 354 377 403 440 457 489 501 507 533 644 766 777 860 931 939 996. 13032 36 190 245 275 284 385 471 537 591 640 659 740 744 796 813 836 861 868 872 876 925. 14059 85 93 300 317 343 375 392 411 460 516 522 628 834 864 877 895 906 922 957 967 994. 15059 88 148 168 231 235 297 471 483 489 493 512 563 612 619 629 651 702 727 747 794 867 941. 16084 135 151 200 227 264 303 591 595 614 824 901. 17003 199 212 434 507 535 546 601 637 644 698 710 712 821 841 848 886 972. 18000 23 64 79 158 216 249 525 606 717 730 758 772 815 803(2) 915 943 972. 19037 78 205 238 248 256 295 303 315 328 380 404 429 437 496 556 560 568 582 636 662 672 762 813 820 830 925.	
20009 118 177 222 242 275 326 339 390 537 566 669 691 702 719 777 868 968. 21097 99 144 153 160 222 243 256 276 301 322 357 436	

